

Jenseits von Staat und Markt? - Sozialethische Thesen zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Ökonomie

Hans-Joachim Höhn (Universität zu Köln)

Die „Zukunftsfähigkeit“ moderner Gesellschaften ist seit geraumer Zeit das Hauptthema politischer und wissenschaftlicher Diskurse. Allerdings sind dabei nicht alle gesellschaftlichen Akteure und wissenschaftlichen Disziplinen in gleicher Weise meinungsbildend beteiligt. Dominiert wird der Zukunftsdiskurs von Vertretern der Ökonomie und der Wirtschaftswissenschaften, die keinen Zweifel daran lassen, dass die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft abhängig ist von der globalen Wettbewerbsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft. Wer ihnen aufmerksam zuhört, stellt allerdings bald fest, dass die Kategorie „Volkswirtschaft“ im Kontext einer ökonomischen Weltökumene ständig an Bedeutung verliert. Die globalen Märkte für Waren und Dienstleistungen, Kapital und Wissen operieren dank moderner Transport- und Kommunikationsmittel immer mehr jenseits nationaler Grenzen und haben eine neue Form internationaler Arbeitsteilung hervorgebracht, was dazu führt, dass nationalökonomische Bezugsgrößen immer weiter relativiert werden. Die Weltwirtschaft wird zunehmend von transnationalen Unternehmen als *global players* bestimmt. Sie sind der deutlichste Beleg dafür, dass der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts beschleunigte Prozess der Globalisierung sich zunehmend der nationalstaatlichen politischen Steuerung entzieht. Zahlreiche „Entwicklungsländer“ geraten vor diesem Hintergrund hinsichtlich ihrer volkswirtschaftlichen Theorie und Praxis in eine prekäre Situation. Plädierten sie früher für eine Strategie der Abkopplung vom Weltmarkt, um sich aus der Situation der Dependenz von den Wirtschaftszentren der Industrienationen zu befreien, so befürchten heute vor allem kleinere und arme Länder im Gegenteil, dass ihre Bedeutung für die Weltwirtschaft so gering ist, dass sie gegen ihren Willen - zumindest faktisch - von ihm abgekoppelt werden könnten.

Gegen Dependenz und Abkopplung - so der Rat der ökonomischen Eliten - hilft nur Interdependenz.¹ Von den Vorteilen ökonomischer Interdependenz

¹ Vgl. **C. Chr. v. Weizsäcker**: Logik der Globalisierung, Göttingen 1999; **J. Hoffmann**: Ambivalenzen des Globalisierungsprozesses. Chancen und Risiken der Globalisierung, in:

profitiert aber nur, wer nach den Bedingungen und Regeln ökonomischer Logik agiert. Und diese Logik ist die Logik des Marktes. Zukunftsfähig ist eine Gesellschaft offenkundig nur dann, wenn sie sich außen- wie binnenwirtschaftlich gemäß der Marktlogik organisiert. Mehr noch: Angesichts der unbestrittenen ökonomischen Effizienz der Größen „Markt“ und „Wettbewerb“ mehren sich die Stimmen, die marktförmige und konkurrenzbestimmte Regulative generell als Ordnungsmuster sozialer Beziehungen (auch jenseits des Teilsystems „Ökonomie“) favorisieren. Dem Neoliberalismus erscheint die Betonung des Sozialen im Markt nicht nur als Hindernis für die ökonomische Effizienz des Marktes, er will auch mehr Markt im Sozialen. Die Marktvergesellschaftung präsentiert sich ihm als wirksamste Form der Koordination und Integration sozialer Prozesse.

Eine solche Einstellung provoziert Vertreter einer Konzeption sozialer Ordnung, die den Zusammenhalt einer Gesellschaft, die Legitimität ihrer Strukturen und Institutionen nicht bloß auf die Parameter ökonomischer Rationalität gegründet sehen wollen und auf der Hinordnung ökonomischen Handelns auf nicht-ökonomische Sinn-, Zweck- und Wertorientierungen insistieren. Sie verfechten die Idee einer „Bürgergesellschaft“ (*civil society*) mit einer Pluralität von sozio-kulturellen Lebens- und Handlungsfeldern, an denen zu partizipieren allen Mitgliedern einer Gesellschaft möglich sein soll. Deren je eigene Logik soll ökonomisch nicht ausgehebelt und deren Eigensinn nicht Vermarktungszwecken ausgeliefert werden². Leitend ist hier die Idee

Aus Politik und Zeitgeschichte B23/1999, 3-10; A. Prinz/H. Beck: Politische Ökonomie der Globalisierung, in: ebd., 11-16.

- 2 Der Begriff „Zivilgesellschaft“ bezeichnet eine in der antiken Staatstheorie wurzelnde Kategorie (vgl. Aristoteles *κοινωνία πολιτική* in Pol. 1252a 1-7, bzw. Cicero *societas civilis* in Off. III,5, 21-22) zur teils analytisch-deskriptiven, teils normativen Bestimmung der Zuordnung von Bürger, Gesellschaft und Staat bzw. sozialer Vereinigungen, die jenseits von Markt und Staat Träger gesellschaftlicher Interaktion sind. Sein spezifisch modernes Profil, das sich gerade in Abgrenzung zum Staatsbegriff herausbildet, bekommt der Begriff im Zusammenhang mit den politisch-ökonomischen Umwälzungen des 18. u. 19. Jhs. sowie im Kontext der Theorien vom Gesellschaftsvertrag (z.B. Th. Hobbes, J. Locke, J.-J. Rousseau, I. Kant) bzw. philosophischer Modelle zur Abgrenzung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft (z.B. A. Ferguson, Ch. de Montesquieu, G.W.F. Hegel). Mit der Ablösung der Feudalordnung durch den Kapitalismus entwickelt sich eine Gesellschaft, die nicht nur die Ökonomie zunehmend dem freien Spiel der Kräfte unterwirft, sondern auch den Bereich der Politik aus staatlicher Umklammerung löst. Dabei entsteht ein Bereich politischer Öffentlichkeit zwischen Staat und privater Lebenswelt, über den die Individuen als Staatsbürger zunehmend auch Subjekte politischen Handelns werden und dieses Engagement die wichtigste Ressource für die Entwicklung der Demokratie darstellt. Neue Aktualität und Relevanz gewinnt der Begriff während der Transformati-

des Primates der Politik als jenes Medium, mit dem die Gesellschaft unter dem Leitbild sozialer Gerechtigkeit auf sich selbst reflektiert und einwirkt. Dabei wird darauf insistiert, dass es ein weites soziales Feld jenseits des ökonomischen und staatlichen Zugriffs geben sollte mit Aktivitäten, Unternehmungen und Vereinigungen, die freiwillig sind, aber nicht privat, öffentlich, aber nicht staatlich. Die Funktion dieser Assoziationen (Bürgerinitiativen, sozialen Bewegungen und Netzwerke, Nachbarschaftskooperativen ...) und „intermediären“ Institutionen für die Gesellschaft besteht darin, soziale Alltagsprobleme öffentlich wahrnehmbar zu machen, strukturelle Ursachen für die damit verbundenen Fehlentwicklungen in den Bereichen von Politik und Ökonomie aufzuspüren und mittels kritischen Einspruchs bzw. Bildung von Gegenmacht zu überwinden. Nachhaltigkeit und Legitimation ihres Einflusses hängen jedoch davon ab, sich auf die Beratungen demokratisch verfasster Institutionen der Meinungs- und Willensbildung auswirken und in formellen Beschlüssen eine autorisierte Gestalt annehmen zu können.³

Umstritten ist jedoch, ob es mit dem Repertoire zivilgesellschaftlicher Aktion gelingen kann, so auf das ökonomische Geschehen einzuwirken, dass wirtschaftliches Handeln derart zur Realisierung sozialer Gerechtigkeit beitragen kann, wie es das politisch-ökonomische Doppelprojekt der Moderne einmal in Aussicht gestellt hat. Die Moderne hat ursprünglich nicht nur der Leitidee „Wohlstand und freier Wettbewerb“ folgen wollen, sondern stets auch ein ethisch-politisches Ziel anvisiert: die gesellschaftliche Entwicklung individueller Freiheit. Es ging ihr dabei um die Herstellung sozialer Gerechtigkeit auf dem Weg des solidarischen Einsatzes für elementare politische Freiheitsrechte. Damit ist eine bleibend aktuelle Programmatik angesprochen, die angesichts des weltweiten, ökonomisch definierten neoliberalen Gegendrucks ebenso jene Länder (in Lateinamerika) betrifft, die noch am Anfang von Demokratisierungsprozessen stehen, wie sie auf demokratische

onsprozesse in den Ländern Mittel- und Osteuropas nach 1989. Vgl. *H.-J. Höhn*: Art. „Zivilgesellschaft“, in: LThK³ X (Lit.). Beschrieben wird mit ihm im Blick auf Länder Lateinamerikas auch das Übergangsstadium vom Ende autoritärer Systeme mit der einsetzenden Liberalisierung des sozialen Lebens bis hin zur Etablierung demokratischer Strukturen. Vgl. dazu *J. Pearce*: Civil Society, the Market and Democracy in Latin America, in: Democratization 4 (1997) 57-83; *H.-J. Lauth/W. Merkel* (Hrsg.): Zivilgesellschaft im Transformationsprozess, Mainz 1997.

³ Vgl. hierzu etwa *G. Frankenberg*: Die Verfassung der Republik. Autorität und Solidarität in der Zivilgesellschaft, Frankfurt 1997; *B. v. d. Brink/W. v. Reijen* (Hrsg.): Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt 1995.

Verfassungsstaaten (in Europa) zutrifft, deren Verbindung von Sozialstaatlichkeit und Marktwirtschaft in die Erosion geraten ist.⁴

Was lässt sich der These entgegenstellen, dass der Markt die beste aller Möglichkeiten einer auf Zukunft hin tragfähigen Koordination gesellschaftlicher Vorgänge bildet? Auf diese Frage ist im folgenden in der Weise einzugehen, dass – aus der Perspektive eines Westeuropäers - zunächst die gesellschaftliche Integrations- und Koordinationsfunktionen von Markt und Wettbewerb sondiert werden (1.), dann die sozialethischen „Deckungslücken“ eines auf die Marktlogik setzenden Konzepts sozialer Ordnung skizziert werden (2.) und abschließend die Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Beeinflussung des Marktgeschehens zur Sprache kommen (3.).

1. Sozialtheoretische Schlaglichter: Markt und Wettbewerb als Koordinationsmedien der Gesellschaft?

Als wirtschaftliches Organisationsprinzip steht der Markt seit dem Zusammenbruch der sozialistischen, zentralen Plan- und Verwaltungswirtschaft faktisch alternativlos da. Seine Überlegenheit gegenüber planwirtschaftlichen Systemen beruht vor allem auf der Effizienz des freien Wettbewerbs.⁵ Der Wettbewerb fördert und belohnt Kreativität und Innovation. Er prämiert die Einführung neuer und erfolgreicher Produkte, Dienstleistungen und Verfahren mit Pioniergewinnen und er zwingt die Konkurrenten, mit den am Markt führenden Qualitätsstandards zumindest gleichzuziehen oder sie preislich zu unterbieten. Bei gleichen Preisen begünstigt der Markt die besten Güter, weil sie die meisten Käufer finden. Bei gleicher Qualität begünstigt er die billigsten Güter, weil sie sich am besten verkaufen. Überdies zwingt die Konkurrenz zu einem sparsamen Umgang mit Kapital und Rohstoffen, da diese Kosten unmittelbare Auswirkungen auf die Gestaltung des Preises haben. Im Marktgeschehen findet eine ständige Wahl statt. Jeder einzelne Marktteilnehmer entscheidet, wie viel er in die Produktion oder den Kauf eines Gutes steckt. Keine Instanz schreibt ihm sein Verhalten vor. „Die Vielzahl der Einzelentscheidungen und insbesondere deren Koordination

⁴ Vgl. vor diesem Hintergrund *P. Hünermann/J. C. Scannone* (Hrsg.): Lateinamerika und die Katholische Soziallehre. Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm, 3 Bde, Mainz 1993.

⁵ Zum Ganzen vgl. *W. Korff* u.a. (Hrsg.): Handbuch der Wirtschaftsethik, Bd. 2, Gütersloh 1999, 216-349.

kommt nicht durch einen zentralen Befehl und auch nicht durch langwierige Verständigungsprozesse zu Stande, sondern durch anonyme Steuerungssignale, nämlich Preise und Einkommen, die Informationen über Nachfragepräferenzen weitergeben und Produktionsentscheidungen auslösen. Richtige Produktionsentscheidungen werden durch Einkommensgewinne belohnt, falsche Produktionsentscheidungen werden durch Einkommensverluste bestraft⁶. Am Markt sind alle Subjekte gleich,- hier zählt nur, ob und inwieweit sie Anbieter und Nachfrager von Gütern und Dienstleistungen sind. Alle zahlen denselben Preis. Die Privilegien der alten Ständegesellschaft sind abgeschafft. Waren und Dienstleistungen werden angeboten „ohne Ansehen der Person“. Auf dem Markt ist die Moralität der Subjekte offenbar nicht mehr erforderlich. Es reicht hin, wenn sie zum Zwecke des gegenseitigen Vorteilstausches die ökonomische Vernunft in Form des strikt erfolgsorientierten, eigennutzmaximierenden Handelns voll zur Geltung bringen. Den Rest erledigt die unsichtbare Hand des Marktes.

Markt und Wettbewerb scheinen ein zentrales Problem moderner Gesellschaften lösen zu können: die Koordination komplexer, miteinander vernetzter und einander bedingender sozialer Prozesse, die über das bewusste Wollen und Tun von Individuen allein nicht mehr koordinierbar sind. Die moderne Wirtschaft ist gekennzeichnet durch anonyme Austauschprozesse, lange Handlungsketten mit zahlreichen Akteuren, wachsenden Interdependenzen. Das Ergebnis ökonomischen Handelns hängt immer weniger vom Tun eines einzelnen Handlungssubjektes ab, sondern immer mehr von dem, was die anderen tun. Kein einzelner hat das Gesamtergebnis hervorgebracht, folglich ist auch kein einzelner dafür verantwortlich zu machen. Darin ist die Ökonomie ein Spiegelbild der modernen Gesellschaft überhaupt. Eine auf den guten Willen der Beteiligten, ihre Tugend oder ihr Wertebewusstsein setzende Koordinierung muss wegen der Komplexität der Prozesse zu kurz greifen.

Geht man von einer faktischen Entkoppelung des ethisch und gesellschaftlich gewünschten Resultates und Zieles der Wirtschaft von den Motiven der beteiligten Akteure aus, scheint ein Widerstreit zwischen Individual- und Gemeinwohl programmiert zu sein. In einer marktförmig organisierten Wirt-

6 **F. Hengsbach:** Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft. Der systematische Ort einer wirtschaftsethischen Reflexion, in: J. Becker u.a. (Hrsg.): Ethik in der Wirtschaft, Stuttgart/Berlin/Köln 1996, 24.

schaft ist es aber nicht nötig, dass den Individuen selbstinteressiertes Handeln abgewöhnt oder ausgeredet wird und stattdessen die tugendhafte Orientierung am Gemeinwohl zu ihrem Handlungsmotiv gemacht wird. Es kommt nur darauf an, dass ihr am Eigennutz orientiertes Handeln so koordiniert wird, dass es zu gesellschaftlich erwünschten Ergebnissen führt. Diese Koordinationsleistung wird durch die Instanzen Wettbewerb und Markt erbracht. Sie bringen am ehesten zu Stande und zusammen, was auf den ersten Blick auseinanderstrebt: Eigennutz und Gemeinwohl. „Der Wohlstand aller hängt nicht vom Wohlwollen der Marktkonkurrenten ab, sondern von dem geeigneten Regelsystem, der Wirtschaftsordnung, das das eigeninteressierte Handeln der Akteure voraussetzt“⁷. Was hier in den Blick kommt, ist ein marktvermittelter, kooperativer Individualismus, der Individualität und Eigeninteresse nicht als Widerpart, sondern als Bedingung des Gemeinwohls ausweist. Die Effizienzlogik von Markt und Wettbewerb geht somit einher mit gesellschaftlich (und sozialetisch!) erwünschten Konsequenzen.

Fasziniert von diesem Gedanken wird heute vielfach dafür plädiert, auch andere Bereiche des sozialen Lebens dem Markt als Regulierungsprinzip zu öffnen und auf sein zentrales Instrument, den Wettbewerb, zu setzen. Man dehnt hierbei das Kalkül der Nutzen-Kosten-Vergleiche, von Angebot und Nachfrage, Preis und Leistung auf alle gesellschaftlichen Problemstellungen (z.B. Bildung, medizinische Versorgung) aus und lässt Vernunftförmigkeit und Marktformigkeit konvergieren. Dabei steht nichts Geringeres an als eine Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. „Weniger Staat - mehr Markt“ lautet die Devise. Deregulierung ist angesagt und der Herrschaftsantritt der ökonomischen Vernunft wird vorbereitet.

2. Sozialkritische Rückfrage: Markt ohne Grenzen?

Es ist unstrittig, dass ökonomischem Handeln eine Rationalität zukommt, die eine äußerst effiziente Koordination sozialen Handelns ermöglicht. Sie kann Kriterien ermitteln, wie unter Knappheitsbedingungen Interaktionen so organisiert werden können, dass sie zum wechselseitigen Vorteil der Beteiligten führen. Die Frage ist jedoch, ob die Orientierung an der Nutzenmaximierung unter Knappheitsbedingungen eine zureichende normative Idee für

⁷ K. Homann: Individualisierung: Verfall der Moral? Zum ökonomischen Fundament der Moral, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 21/1997, 14 (13-21).

die Regelung sozialer Beziehungen schlechthin ist. Nach neoliberaler Überzeugung basiert soziale Ordnung „auf dem strategischen Kalkül der wechselseitigen Instrumentalisierung komplementärer Interessen. Die soziale Vernetzung der Individuen wurzelt in einer Kooperation zum wechselseitigen Vorteil. Die ihr eingeschriebene Reziprozität beruht auf der Anerkennung des gleichen Freiheitsrechts des anderen und der wechselseitigen Unterstellung strategischer Rationalität: Man rechnet miteinander. Den utopischen Fluchtpunkt der marktförmigen Vergesellschaftung bildet die Vorstellung eines vollkommenen Marktes, eines sich selbst perpetuierenden Austauschsystems, das selbsterhaltungsfähig ist und keiner externen politischen Stabilisierung bedarf; das den gesamten Koordinationsbedarf dieses Systems intern decken kann und die soziale Kohärenz ohne jeden institutionellen Außenhalt, durch spontane Harmonisierung der individuellen Interessen- und Freiheitsfunktionen gewährleistet.“⁸

Kann aber vor diesem Hintergrund das Marktprinzip als Prinzip der Selbstkoordination von Wirtschaftssubjekten bereits als Einlösung des ethisch-politischen Projektes der Moderne gelten? Oder stellt die ökonomische Logik des wechselseitigen Vorteilstausches nicht eine Verkürzung (anstelle einer Umsetzung) der ethischen Idee ökonomisch-politischer Beteiligungsgerechtigkeit dar? Ist es wirklich so, dass die unsichtbare Hand des freien Marktes bereits von selbst zu gesellschaftlich erwünschten Ergebnissen führt, die dann rückwirkend auch den Markt sozialetisch legitimieren? Hat das Marktprinzip also implizit einen ethisch-normativen Gehalt, der es eo ipso ethisch legitimiert?⁹ Oder müssen wir nach Formen und Gründen einer nicht-marktförmigen, wechselseitigen Anerkennung von Subjekten suchen, die dem neuzeitlichen (und christlichen) Ethos der Menschenwürde entsprechen und denen auch das Marktgeschehen anzupassen ist?¹⁰ Wie weit reicht die Integrationskraft der „Marktvergesellschaftung“, wenn einer wachsende Zahl von Menschen nicht mehr über die Erwerbsarbeit und den „Arbeits-

8 *W. Kersting*: Der Markt - das Ende der Geschichte? Zur sozialphilosophischen Kritik des liberal-ökonomistischen Gesellschaftsmodells, in: N. Brieskorn/J. Wallacher (Hrsg.): Homo oeconomicus: Der Mensch der Zukunft?, Stuttgart/Berlin/Köln 1997, 108.

9 Zum Ganzen vgl. *P. Ulrich*: Integrative Wirtschaftsethik, Bern/Stuttgart/Wien 1997; J. Beckert: Grenzen des Marktes. Die sozialen Grundlagen wirtschaftlicher Effizienz, Frankfurt/New York 1997.

10 Vgl. *H. Kaiser*: Die ethische Integration ökonomischer Rationalität. Grundelemente und Konkretion einer „modernen“ Wirtschaftsethik, Bern/Stuttgart/Wien 1992.

markt“ gesellschaftliche Zugehörigkeit, Partizipation und soziale Identität erschlossen werden können? „Die alte soziale Frage bestand darin, die Ausbeutung der arbeitenden Menschen zu verhindern. Die Antwort auf diese Frage ist als ein eindrucksvolles Werk zu besichtigen: Tarifautonomie, Betriebsverfassung, Mitbestimmung, Sozialstaat. Die neue soziale Frage besteht darin, die Ausgrenzung der nicht arbeitenden Menschen zu verhindern.“¹¹ Der Markt kann hier nur sehr begrenzt eine befriedigende Antwort anbieten:

- 1) Ein soziales Band stiftet der Markt nur für Marktteilnehmer. Hier können nur die gewinnen, die etwas zu bieten haben. Nur wer über Geld oder ökonomisches Leistungspotential verfügt, hat Zugang zum Markt und kann das Marktgeschehen mitbestimmen, nicht aber diejenigen, die nur ihre Haut zu Markte tragen können in der Hoffnung, dass dafür irgend jemand Verwendung hat. Nur wer hat, dem wird im und vom Markt etwas gegeben. Wer nichts hat, dem werden sogar die Marktchancen genommen. Die Zugangsbedingungen des Marktes führen somit dazu, dass er nur für marktfähige Subjekte Vorteile bietet. Die „Marktgängigkeit“ von Gütern und Dienstleistungen sowie die Erfüllung von Konsumbedürfnissen folgt zudem nicht dem Grad ihrer sozialen Dringlichkeit, sondern richtet sich nach der kaufkräftigsten Nachfrage. „Die Verteilung der Kaufkraft kann nun wieder vom persönlichen Leistungsvermögen und von der individuellen Leistungsbereitschaft bestimmt sein, aber auch von ganz zufälligen Bedingungen wie der ursprünglichen Vermögensausstattung, der Zugehörigkeit zu einer reichen Familie, der Erbfolge (...)“¹²
- 2) Der Markt reagiert auf die unterschiedlichen (ökonomischen) Ausgangspositionen der Marktteilnehmer gleich, indem er ohne Ansehen der Person allein Leistungsfähigkeit und Kaufkraft, Angebot und Nachfrage das Wirtschaftsgeschehen bestimmen lässt. Das scheint ihn auf den ersten Blick zu einem „objektiven“ Instrument für die Verteilung materieller und immaterieller Güter in einer Gesellschaft zu machen, indem er jedem Menschen das zuteilt, was ihm vernünftigerweise (d.h. nach dem Kalkül der ökonomischen Vernunft) für seine Leistungen und Fähigkeiten im Markt zusteht. Keineswegs zeichnet ihn diese Verteilungsleistung aber

11 **W. Dettling:** Bürgergesellschaft. Möglichkeiten, Voraussetzungen, Grenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B38/1998, 25.

12 **Hengsbach:** Gerechtigkeit in der Marktwirtschaft (s. Anm. 6), 27.

auch schon als eine soziale Distributionszone des *suum cuique* (der ethischen Vernunft) hinreichend aus. Hinsichtlich der Gerechtigkeitsqualität seiner Verteilungsleistungen weist er nämlich zwei gravierende Schwachstellen auf. „Zum einen führt ein reiner Markt nicht zu einer gerechten Verteilung der Kooperationsgewinne unter den Menschen, die marktfähig sind und ihren Lebensunterhalt selbstständig bestreiten können. Und zum anderen versagt der Markt völlig hinsichtlich der Versorgung derjenigen, die nicht marktfähig sind, die nichts anzubieten haben und nicht nachgefragt werden. Der Grund für diese gerechtigkeits-theoretische Schwäche des marktwirtschaftlichen Konkurrenz- und Tauschsystems liegt in der Ungleichheit der Zugangsbedingungen. Der Erfolg der individuellen Lebenskarrieren ist abhängig von den Voraussetzungen, die die Menschen vorfinden, und diese Voraussetzungen sind erheblich ungleich - und zwar unverdientermaßen erheblich ungleich.“¹³ Indem er die unterschiedlich verteilten Startchancen gerade nicht ausgleicht, behandelt der Markt Ungleiche gleich. Diese Ungleichbehandlung geht jedoch nicht auf ökonomische Kriterien zurück, sondern gründet in der Kontingenz von Herkunft, natürlicher Begabung, sozialer Ausgangsposition der betroffenen Menschen. Auf Dauer hat jedoch kein Sozialsystem Bestand, das die „Willkür der natürlichen Begabungsausstattungen und die Kontingenz der Herkunft in den gesellschaftlichen Bereich hinein verlängert und sozio-ökonomisch potenziert.“¹⁴ Sozialer und kultureller Fortschritt beruhen vielmehr darauf, die Verteilungswillkür der Natur und die Zufälligkeit biographischer Platzierung auf der Basis rational begründeter Gerechtigkeitsregeln zu korrigieren. Insofern wird der Markt eine Veranstaltung zum Vorteil aller erst dann, wenn Fragen des Zugangs zum Markt und seinen Auswirkungen durch nicht-marktförmige Regelungen geklärt werden.

- 3) Zwar strebt heute alles zum Markt. Das Marktgeschehen entwickelt aber seinerseits Fliehkräfte. Der Markt hebt alte Ungleichheiten auf und führt neue ein. Marktgesetze sind im Prinzip Machtgesetze, Verdrängungsgesetze. Besser sein und stärker sein heißt effizienter sein; die Erfolglosen werden verdrängt. Man mag dies ohne große Vorbehalte für den Bereich der „freien“ Wirtschaft tolerieren, wenn schlechte Produkte und schlam-

¹³ Kersting: Der Markt (s. Anm. 8), 118.

¹⁴ Kersting: Der Markt (s. Anm. 8), 119.

pige Produzenten vom Markt verschwinden. Man mag es begrüßen, wenn die Hersteller von innovativen Produkten die ersten sind und die Produzenten von Ladenhütern, die am Markt und am Bedarf vorbei produziert haben, leer ausgehen müssen. Allerdings ist dieses „Marktgesetz“ nicht auf den politisch-sozialen Sektor übertragbar, soll unsere Gesellschaft nicht auf einen Sozialdarwinismus abmagern. „Der Markt fordert und schafft eine Durchsetzungskultur und einen Menschen, der bereit und fähig ist, sich durchzusetzen. Dass Menschen, die sich auf dem Markt zu behaupten wissen, dennoch in Kategorien von Verantwortung anderen gegenüber denken und handeln, ist nicht zu bestreiten, ist aber den Marktprinzipien selbst nicht immanent, sondern eher gegenproduktiv.“¹⁵

3. Diesseits und jenseits des Marktes: Zivilgesellschaft und deliberative Demokratie

Ein Wesenselement christlicher Sozialethik gründet in der Einsicht, dass eine Gesellschaft mehr als ökonomische Handlungsmotive und Handlungskoordinaten braucht, um gesellschaftlich erwünschte Ergebnisse ökonomischen Handelns verbuchen zu können. Nicht nur der moderne Staat, sondern auch die moderne Ökonomie stützt sich auf Erhaltungsbedingungen, die sie selbst nicht zu garantieren vermögen. Dabei muss es auch darum gehen, analog zur Ermittlung der ökologischen Existenzbedingungen einer Industriegesellschaft die sozialethischen Ressourcen von Pluralität und Freiheit, von Autonomie und Humanität zu ermitteln.¹⁶ An diesem Thema kann der ethische Diskurs über die Erhaltungsbedingungen liberaler Gesellschaften nicht vorbeigehen. Der ökonomische Paralleldiskurs muss sich die Frage stellen lassen, ob eine marktwirtschaftliche Systemsteuerung sich nicht an die Stelle jener gesellschaftlichen Rahmenordnung setzt, innerhalb deren erst der Markt seine gesellschaftlich erwünschten Auswirkungen zeitigen kann. Faktisch ist es weithin so gekommen. Es bedarf daher umfassender gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, die zu einer „Wiedereinbettung“ des Marktes in eine nicht-ökonomische, sozio-kulturelle Matrix führen kön-

15 *F. Schorlemmer*: Was ist der Mensch? Theologische Anthropologie in der Krise der modernen Marktgesellschaft, in: R. Weth (Hrsg.): Totaler Markt und Menschenwürde, Neukirchen-Vluyn 1996, 70.

16 Vgl. *H.-J. Höhn*: Konzeptionelle wirtschaftsethische Implikationen in den Soziallehren der Kirchen. 1. Katholische Kirche, in: W. Korff u.a. (Hrsg.): Handbuch der Wirtschaftsethik. Bd. 1, Gütersloh 1999, 738-755.

nen. Entsprechend hohe Erwartungen richten sich hierbei an zivilgesellschaftliche Akteure und Prozesse. Ebenso groß ist aber auch die Skepsis, dass auf diesem Wege wirklich nachhaltige und strukturelle Veränderungen gelingen können. Das Wachstum des informellen Wirtschaftssektors in Gestalt von Selbsthilfeorganisationen (z.B. Kreditgenossenschaften, Stadtteilkoooperativen, Tauschbörsen)¹⁷ wird vielfach eher der diffusen Hintergrundstruktur einer Marktgesellschaft zugerechnet als dass man ihm einen Beitrag zur Neukonstitution einer „Tätigkeitsgesellschaft“ zutraut; manchen Kritikern erscheint der informelle Sektor als „Reparaturbetrieb“ sozialer Pathologien, die als Folge von Marktversagen auftreten, oder als „Auffangbecken“ für all jene, die auf Dauer aus dem „ersten“ Arbeitsmarkt herausgefallen sind. In diesem Fall dient der informelle Sektor mehr der Stabilisierung des etablierten Marktsystems, indem er über ökonomische Gemeinschaftsprojekte den Schein der ökonomischen Partizipation breiter Bevölkerungskreise wahrt und möglichen politischen Protest absorbiert, als dass er zur Korrektur und Überwindung sozialer Asymmetrien beiträgt.

Die These, dass ein Engagement jenseits des „ersten“ Marktes sich im gesellschaftlichen Abseits bewegt, braucht jedoch nicht unwidersprochen hingenommen zu werden. Der Markt gehört keineswegs zu jenen Mächten und Gewalten, die schicksalhaft und unbeeinflussbar menschliches Handeln bestimmen. Die Aufgabe der Rückbindung von Markt und Wettbewerb an die politisch-kulturelle Sphäre einer Gesellschaft ist keineswegs unlösbar. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass der Markt längst nicht mehr unabhängig von öffentlichen Diskursen funktioniert. Die öffentliche Diskussion über Marktagenten, die etwa gegen soziale oder ökologische Standards verstoßen, können für die Betroffenen zu erheblichen Marktnachteilen führen. Als 1995 die Umweltorganisation Greenpeace gegen den Chemiekonzern Shell wegen der geplanten Versenkung der ausgedienten Bohrinsel Brent Spar in der Nordsee zu Felde zog, spielte in der Öffentlichkeitsarbeit der Ökoaktivisten die umweltethische Argumentation eine entscheidende Rolle und mobilisierte einen enormen öffentlichen Druck, der den Ölmulti angesichts drohender Absatzeinbrüche schließlich zum Einlenken zwang. Zwar entscheidet über den Erfolg eines Unternehmens immer noch der Markt.

¹⁷ Vgl. etwa **G. Baum**: Jenseits des Marktes: Das Wachstum des informellen Wirtschaftssektors, in: *Conc* 33 (1997) 160-166. Speziell zum lateinamerikanischen Kontext siehe D. Boris: *Soziale Bewegungen in Lateinamerika*, Hamburg 1998.

Aber Unternehmen, die in öffentlichen Moraldiskursen schlecht abschneiden, gefährden erheblich ihren Markterfolg. Dies zeigte 1995 in Deutschland der ethisch motivierte Boykott von Kaufhäusern, in denen indische Teppiche vertrieben wurden, die in Kinderarbeit hergestellt worden waren. Innerhalb kurzer Zeit wurde die Frage, ob ein Produkt in einem Kontext der Ausbeutung von Menschen hergestellt wird, zum Kriterium für eine Kaufentscheidung. Wie wichtig die „Kampagnefähigkeit“ und Diskursfähigkeit international tätiger sozialer Netzwerke als Erfolgsbedingung für die Beeinflussung staatlichen Handelns ist, zeigen auch die zwar bescheidenen, aber doch messbaren Erfolge von Nichtregierungsorganisationen bei internationalen Umweltkonferenzen oder die Resonanz der Initiative „Erlassjahr 2000“ auf dem Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln.

Wer solchen Initiativen und Aktionen ihre Legitimität bestreitet, kann dies nur tun um den Preis, dass eine regelungsbedürftige Ökonomie demokratischen Regelungsprozessen entzogen werden soll. Für eine solche Forderung gibt es aber keine hinreichende Legitimationsgrundlage. Um deren Sicherung und Ausbau geht es aber gerade den zivilgesellschaftlichen Akteuren. Ihr Fernziel besteht darin, die Frage nach der Reichweite der funktionalen Systemlogik des Marktes in einer modernen Gesellschaft letztlich zur Sache deliberativer Politik unter mündigen Staats- und Wirtschaftsbürgern zu machen. Sie stellt das Forum des öffentlichen Gebrauchs der ethisch-politischen Vernunft dar.¹⁸ Diese Öffentlichkeit einer Bürgergesellschaft ist darum auch der primäre gesellschaftliche Ort für die Konzeption und deliberative Bestimmung der Grundnormen einer dem Wohl des Menschen dienenden Wirtschaftsordnung. Hier ist die Integration des verselbständigten ökonomischen Marktkalküls in die Kommunikation über die normativen Bedingungen einer lebensdienlichen Ökonomie zu führen. Der *moral point of view* dieses Diskurses wird dabei darin bestehen können, dass nur solche Handlungsweisen als ökonomisch vernünftig gelten, die nicht nur für die handelnden Subjekte effizient sind, sondern auch gegenüber allen Betroffenen als legitim vertreten werden können. Als 'sozialökonomisch' rational können dann solche Handlungen und Institutionen gelten, die freie und

¹⁸ Zur Idee einer deliberativen Demokratie vgl. ausführlich **J. Habermas**: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, Frankfurt 1992; **Ders.**: Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie, Frankfurt 1996. Kritik an diesem Entwurf übt **R. Münch**: Globale Dynamik, lokale Lebenswelten. Der schwierige Welt in die Weltgesellschaft, Frankfurt 1998, 386-400.

mündige Bürger in der vernunftgeleiteten Verständigung unter allen Betroffenen als legitime Form der Wertschöpfung anerkennen können.¹⁹

¹⁹ Vgl. hierzu auch *A. P. Burkard*: Markt als Gesellschaftsspiel. Zur wirtschaftlichen Gestaltung unserer geschichtlichen Situation, Bern/Stuttgart/Wien 1997, 484 ff.; *P. Ulrich*: Transformation der ökonomischen Vernunft, Bern/Stuttgart³1993.